**Deutscher Bundestag**
**12. Wahlperiode**

**Drucksache 12/303**

21. 03. 91

Sachgebiet 826

# Gesetzentwurf

**der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

## Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit

### A. Problem

Im Zuge der fortschreitenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Integration Europas und der damit einhergehenden Normalisierung und Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen hat es sich als notwendig erwiesen, das geltende deutsch-polnische Abkommen vom 9. Oktober 1975 über Renten- und Unfallversicherung durch ein neues Abkommen zu ersetzen. Dies soll den veränderten Gegebenheiten unter Einschluß der Herstellung der deutschen Einheit Rechnung tragen.

### B. Lösung

Das neue Abkommen orientiert sich an den Prinzipien, die für vergleichbare Regelungen in der Europäischen Gemeinschaft und den meisten westeuropäischen Ländern gelten. Das Abkommen erstreckt sich auf die Gebiete der Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung.

Im Bereich der Rentenversicherung (entsprechendes gilt für die Unfallversicherung) sieht das Abkommen vor, daß künftig jeder Vertragsstaat Renten nur noch für solche Versicherungszeiten leistet, die nach seinen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind und für die er Beiträge erhalten hat. Renten werden auch dann erbracht, wenn der Berechtigte sich im anderen Vertragsstaat aufhält (Leistungsexportprinzip). Hierdurch wird das Eingliederungsprinzip des geltenden Abkommens der Bundesrepublik Deutschland und des entsprechenden Abkommens der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, nach denen der Staat des Wohnsitzes des Berechtigten Renten auch für im anderen Vertragsstaat zurückgelegte Versicherungszeiten leistet, abgelöst.

Im Bereich der Krankenversicherung ist die wechselseitige Gewährung von Versicherungsschutz für entsandte Arbeitnehmer, Grenzgänger und Familienangehörige bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vorgesehen.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes soll das Abkommen die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich aus dem Wechsel vom Eingliederungs- zum Leistungsexportprinzip im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung gewisse Einsparungen, deren Höhe aber nicht näher quantifizierbar ist.

**Entwurf**

# Gesetz zu dem Abkommen vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

## Artikel 1

Dem am 8. Dezember 1990 in Warschau unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

## Artikel 2

Das Gesetz vom 12. März 1976 zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vom 9. Oktober 1975 (BGBl. 1976 II S. 393), geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2261; 1990 S. 1337), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

   „(1) Zeiten, die nach dem polnischen Recht der Rentenversicherung zu berücksichtigen sind, sind bei der Feststellung einer Rente aus der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung in Anwendung des Fremdrentengesetzes und des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes zu berücksichtigen, solange der Berechtigte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom 2. Oktober 1990 wohnt. Wohnt der Berechtigte in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet, sind für die Berücksichtigung der in Satz 1 genannten Zeiten die in diesem Gebiet geltenden Rechtsvorschriften maßgebend. Satz 2 gilt auch im Falle einer Verlegung des Wohnortes in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom 2. Oktober 1990, wenn der Berechtigte am 2. Oktober 1990 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet wohnte."

2. Artikel 3 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

   „(1) Das Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz findet auf diejenigen der in Artikel 7 des Abkommens genannten Berechtigten, die die Voraussetzungen des § 1 und des § 5 Abs. 1 Nr. 1 oder des § 5 Abs. 4 Satz 2 des Fremdrentengesetzes nicht erfüllen, solange entsprechend Anwendung, als sie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom 2. Oktober 1990 wohnen. Wohnt der Berechtigte in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet, finden die in diesem Gebiet für die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten geltenden Rechtsvorschriften Anwendung. Satz 2 gilt auch im Falle einer Verlegung des Wohnortes in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom 2. Oktober 1990, wenn der Berechtigte am 2. Oktober 1990 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet wohnte."

## Artikel 3

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens oder aufgrund der nach Artikel 4 zu erlassenden Rechtsverordnung für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der AOK-Bundesverband in seiner Eigenschaft als Verbindungsstelle im Einvernehmen mit den anderen Spitzenverbänden der Krankenversicherung. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf alle Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres, ohne Rentner, aufgebracht. Für das Kalenderjahr 1991 ist jedoch die Mitgliederzahl dieses Jahres maßgebend.

## Artikel 4

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 22 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 22 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

### Artikel 5

Dem § 2 des Fremdrentengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 824-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt nach Maßgabe des Artikels 85 durch Artikel 15 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2261; 1990 S. 1337) geändert worden ist, wird angefügt:

„Satz 1 gilt nicht, soweit nach einem zwischenstaatlichen Abkommen die Rechtsvorschriften über Leistungen für nach diesem Gesetz anrechenbare Versicherungszeiten oder zu entschädigende Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten unberührt bleiben."

### Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 21. März 1991

Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

## Begründung zum Vertragsgesetz

### Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

### Zu Artikel 2

Die Regelungen sind erforderlich, da das Fremdrentengesetz in dem der Bundesrepublik Deutschland beigetretenen Gebiet nicht gilt und noch keine Rechtseinheit im Bereich der Renten- und Unfallversicherung im vereinten Deutschland besteht. Bis zur Herstellung der Rechtseinheit sollen für die Berücksichtigung von Versicherungszeiten und Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nach polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegt bzw. eingetreten sind, die im jeweiligen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften grundsätzlich angewendet werden.

Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn der Berechtigte am 2. Oktober 1990 im beigetretenen Gebiet wohnte und er deshalb Ansprüche nach dem früheren Abkommen zwischen der früheren DDR und der Volksrepublik Polen aus dem Jahre 1957 hatte. Wird der Wohnort in diesem Fall in das alte Bundesgebiet verlegt, bleibt das für das beigetretene Gebiet geltende Recht maßgeblich.

### Zu Artikel 3

Die Bestimmung gibt die Ermächtigung, im Vergleich zu anderen Trägern der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen einer Krankenkasse auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können, z. B. Belastungen mit nicht erstattungsfähigen Verwaltungskosten für die Betreuung von Versicherten aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entscheidung der Verbindungsstelle unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

### Zu Artikel 4

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

### Zu Artikel 5

Die Ergänzung in § 2 des Fremdrentengesetzes stellt die Anwendbarkeit des Fremdrentengesetzes her, soweit ein zwischenstaatliches Abkommen, wie auch das Abkommen vom 8. Dezember 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit, die Vorschriften über Leistungen nach dem Fremdrentengesetz in umfassender Weise und nicht nur z. B. für den Leistungsexport unberührt läßt. Die Ergänzung ermöglicht für Aussiedler die Gewährung einer Rente nach dem Fremdrentengesetz, auf die allerdings eine polnische Exportrente anzurechnen ist. Im Ergebnis wird also die polnische Rentenleistung auf das Niveau des Fremdrentengesetzes aufgestockt werden.

Die Notwendigkeit einer Anpassung des Fremdrentenrechts an die sich verändernden Verhältnisse zwischen Ost und West bleibt hiervon unberührt. Sie soll im Rahmen der Regelungen zur Überleitung des im westlichen Teil Deutschlands geltenden Rentenrechts auf den östlichen Teil erfolgen.

### Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

### Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Für die Versicherungsträger ergeben sich aus dem Wechsel von dem im Abkommen von 1975 verankerten Eingliederungsprinzip zu dem im neuen Abkommen festgelegten Leistungsexportprinzip gewisse Einsparungen, deren Höhe aber nicht näher quantifizierbar ist.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da Kosten für die Unternehmen und die betroffenen Personen nicht entstehen.

# Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit

# Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o zabezpieczeniu społecznym

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen –

in der Erwägung, daß die fortschreitende politische und wirtschaftliche Integration Europas und die hieraus resultierenden Probleme im Bereich der Sozialen Sicherheit neue Lösungen erfordern und

in dem Wunsch, ihre Beziehungen in diesem Bereich unter Berücksichtigung der zwischen beiden Staaten bestehenden Besonderheiten entsprechend den Prinzipien zu gestalten, die bei vergleichbaren Regelungen in der Europäischen Gemeinschaft und den meisten westeuropäischen Staaten zur Anwendung kommen –

sind wie folgt übereingekommen:

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska –

uwzględniając postępującą integrację polityczną i gospodarczą Europy oraz biorąc pod uwagę, że wynikające z niej problemy w zakresie zabezpieczenia społecznego rodzą konieczność nowych rozwiązań i

pragnąc ukształtować wzajemne stosunki w tej dziedzinie zgodnie z zasadami, które obowiązują w odpowiednich uregulowaniach we Wspólnocie Europejskiej oraz między większością państw zachodnioeuropejskich, przy uwzględnieniu istniejących między obu Państwami specyfik –

uzgodniły, co następuje:

## Teil I
## Allgemeine Bestimmungen

### Artikel 1

Für die Anwendung dieses Abkommens bedeuten die Begriffe

1. „Rechtsvorschriften"

   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Bestimmungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;

2. „zuständige Behörde"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

   in bezug auf die Republik Polen

   – den Minister für Arbeit und Sozialpolitik,
   – den Minister für Gesundheit und Sozialfürsorge hinsichtlich der Sachleistungen;

3. „Träger"

   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften obliegt;

4. „zuständiger Träger"

   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;

5. „Versicherungszeiten"

   die Beitragszeiten oder gleichgestellten Zeiten, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften als anspruchsbegründende Zeiten festgelegt sind, anerkannt oder behandelt werden;

## Część I
## Postanowienia ogólne

### Artykuł 1

Przy stosowaniu niniejszej Umowy następujące pojęcia oznaczają:

1. „przepisy prawne"

   ustawy, rozporządzenia, statuty i inne ogólne postanowienia ustanawiające prawo, które odnoszą się do dziedzin zabezpieczenia społecznego wymienionych w artykule 2 ustęp 1;

2. „właściwa władza"

   w odniesieniu do Republiki Federalnej Niemiec

   Federalnego Ministra Pracy i Spraw Socjalnych,

   w odniesieniu do Rzeczypospolitej Polskiej

   Ministra Pracy i Polityki Socjalnej

   Ministra Zdrowia i Opieki Społecznej – w zakresie świadczeń rzeczowych;

3. „instytucja"

   władzę lub organizację, której obowiązkiem jest stosowanie przepisów prawnych wymienionych w artykule 2 ustęp 1;

4. „właściwa instytucja"

   instytucję właściwą zgodnie z mającymi zastosowanie przepisami prawnymi;

5. „okresy ubezpieczenia"

   okresy opłacania składek lub okresy z nimi zrównane, które zgodnie z mającymi zastosowanie przepisami prawnymi zostały ustalone, uznane lub potraktowane jako okresy uprawniające do roszczeń;

6. „Geldleistung" oder „Rente"

   eine Geldleistung oder Rente einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;

7. „Krankenversicherung"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit es sich um Geld- und Sachleistungen handelt, die der Träger der Krankenversicherung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung zu gewähren hat,

   in bezug auf die Republik Polen

   die Leistungen bei Krankheit und Mutterschaft;

8. „Unfallversicherung"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   die Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,

   in bezug auf die Republik Polen

   das besondere Rentensystem für Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten;

9. „Rentenversicherung"

   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

   die Rentenversicherung für den Fall des Alters, der Invalidität oder des Todes,

   in bezug auf die Republik Polen

   die Versorgung für den Fall des Alters, der Invalidität oder des Todes;

10. „Wohnort" oder „wohnen"

    in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

    den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts oder sich gewöhnlich aufhalten, wobei es sich um einen unbefristeten rechtmäßigen Aufenthalt handeln muß,

    in bezug auf die Republik Polen

    den Ort des ständigen Wohnsitzes oder ständig wohnen;

11. „Aufenthaltsort" oder „sich aufhalten"

    den Ort des tatsächlichen Aufenthalts oder sich tatsächlich aufhalten;

12. „gewöhnlicher Aufenthaltsort" oder „sich gewöhnlich aufhalten"

    in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

    den Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts oder sich nicht nur vorübergehend tatsächlich aufhalten,

    in bezug auf die Republik Polen

    den Ort des tatsächlichen ständigen Aufenthalts oder sich tatsächlich ständig aufhalten;

13. „Grenzgänger"

    eine Person, für die aufgrund ihrer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats dessen Rechtsvorschriften gelten und die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats wohnt und dorthin in der Regel mindestens einmal wöchentlich zurückkehrt;

14. „entsandter Arbeitnehmer"

    einen Arbeitnehmer, der von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorübergehend entsandt und von diesem Arbeitgeber entlohnt wird.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

– hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland auf

  a) die Krankenversicherung,

6. „świadczenie pieniężne" lub „renta"

   świadczenie pieniężne, emeryturę lub rentę włącznie ze wszystkimi dodatkami, dopłatami i podwyżkami;

7. „ubezpieczenie chorobowe"

   w odniesieniu do Republiki Federalnej Niemiec

   ubezpieczenie chorobowe, jak również ochronę matek pracujących, o ile chodzi o świadczenia pieniężne i rzeczowe, które instytucja ubezpieczeń chorobowych ma gwarantować podczas ciąży i po porodzie,

   w odniesieniu do Rzeczypospolitej Polskiej

   świadczenia dla pracowników z tytułu choroby i macierzyństwa;

8. „ubezpieczenie wypadkowe"

   w odniesieniu do Republiki Federalnej Niemiec

   ubezpieczenie od wypadków przy pracy i chorób zawodowych,

   w odniesieniu do Rzeczypospolitej Polskiej

   odrębny system świadczeń dla pracowników z tytułu wypadków przy pracy i chorób zawodowych;

9. „zaopatrzenie emerytalne"

   w odniesieniu do Republiki Federalnej Niemiec

   ubezpieczenie rentowe na okoliczność starości, inwalidztwa lub śmierci,

   w odniesieniu do Rzeczypospolitej Polskiej

   zaopatrzenie na starość, na wypadek inwalidztwa lub śmierci;

10. „miejsce zamieszkania" lub „mieszkać"

    w odniesieniu do Republiki Federalnej Niemiec – miejsce zwykłego pobytu lub zwykle przebywać, przy czym dotyczy to pobytu nieograniczonego w czasie zgodnego z przepisami,

    w odniesieniu do Rzeczypospolitej Polskiej – miejsce stałego zamieszkania lub stale zamieszkiwać;

11. „miejsce pobytu" lub „przebywać"

    miejsce rzeczywistego pobytu lub rzeczywiście przebywać;

12. „miejsce zwykłego pobytu" lub „zwykle przebywać"

    w odniesieniu do Republiki Federalnej Niemiec

    miejsce rzeczywistego pobytu innego niż przejściowe lub rzeczywiście nieprzejściowo przebywać,

    w odniesieniu do Rzeczypospolitej Polskiej

    miejsce rzeczywistego stałego pobytu lub rzeczywiście stale przebywać;

13. „pracownik przygraniczny"

    pracownika, do którego stosują się przepisy prawne jednej Umawiającej się Strony z tytułu zatrudnienia na jej terytorium, a który mieszka na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i z reguły co najmniej raz w tygodniu tam powraca;

14. „pracownik wysłany"

    pracownika wysłanego przejściowo przez swego pracodawcę na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i wynagradzanego przez tego pracodawcę.

Artykuł 2

1. Umowa niniejsza obejmuje:

– w Republice Federalnej Niemiec

  a) ubezpieczenie chorobowe,

b) die Unfallversicherung,

c) die Rentenversicherung;

– hinsichtlich der Republik Polen auf

a) die Leistungen für Arbeitnehmer bei Krankheit und Mutterschaft,

b) die Unfallversicherung,

c) die Altersversorgung der Arbeitnehmer einschließlich der Versorgungssysteme für Bergleute und Eisenbahner.

(2) Dieses Abkommen findet auf alle Änderungen der Rechtsvorschriften in den in Absatz 1 genannten Zweigen Anwendung.

(3) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

(4) Absatz 3 findet keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Vertragsstaaten aus zwischenstaatlichen Übereinkünften oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für Personen, für welche die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten und für Angehörige und Hinterbliebene, die ihre Rechte von diesen Personen im Bereich von Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung ableiten.

Artikel 4

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, hat jeder Vertragsstaat bei Anwendung seiner Rechtsvorschriften die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats mit den eigenen Staatsangehörigen gleichzubehandeln, sofern sie sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, sind die Geldleistungen bei Invalidität, Alter oder an Hinterbliebene sowie die Renten und einmaligen Geldleistungen bei Arbeitsunfall (Berufskrankheit) auch zu erbringen, wenn der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats gewöhnlich aufhält und es sich um einen Staatsangehörigen der Vertragsstaaten handelt.

b) ubezpieczenie wypadkowe,

c) ubezpieczenie rentowe;

– w Rzeczypospolitej Polskiej

a) świadczenia dla pracowników z tytułu choroby i macierzyństwa,

b) ubezpieczenie wypadkowe,

c) zaopatrzenie emerytalne pracowników, włącznie z systemami zaopatrzenia górników i kolejarzy.

2. Umowa niniejsza ma zastosowanie do wszystkich zmian przepisów prawnych w dziedzinach wymienionych w ustępie 1.

3. Jeżeli, zgodnie z przepisami prawnymi jednej z Umawiających się Stron, spełnione są warunki dla stosowania oprócz niniejszej Umowy także warunki dla stosowania innej umowy lub prawa ponadpaństwowego to instytucja danej Umawiającej się Strony stosując postanowienia niniejszej Umowy, nie uwzględnia tej innej umowy lub prawa ponadpaństwowego.

4. Ustępu 3 nie stosuje się, jeżeli z umów międzynarodowych lub prawa ponadpaństwowego albo związanych z nimi postanowień wykonawczych wynikają obciążenia ubezpieczeniowe dla którejkolwiek z Umawiających się Stron.

Artykuł 3

Jeżeli Umowa nie stanowi inaczej, jej postanowienia znajdują zastosowanie wobec osób, które podlegały lub podlegają przepisom prawnym jednej z Umawiających się Stron oraz do członków ich rodzin i pozostałych przy życiu krewnych, o ile wywodzą oni swoje prawo w zakresie ubezpieczenia chorobowego, wypadkowego lub zaopatrzenia emerytalnego od tych osób.

Artykuł 4

Jeżeli niniejsza Umowa nie stanowi inaczej, każda z Umawiających się Stron winna przy stosowaniu własnych przepisów prawnych traktować obywateli drugiej Umawiającej się Strony na równi z własnymi obywatelami, jeżeli zwykle przebywają na terytorium jednej z Umawiających się Stron.

Artykuł 5

Jeżeli niniejsza Umowa nie stanowi inaczej, świadczenia pieniężne z tytułu inwalidztwa, starości oraz na rzecz pozostałych przy życiu krewnych, jak również renty i jednorazowe świadczenia pieniężne z tytułu wypadku przy pracy (choroby zawodowej) zapewnia się także, gdy uprawniony zwykle przebywa na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i jest obywatelem jednej z Umawiających się Stron.

## Teil II
## Besondere Bestimmungen

### Kapitel 1
### Krankenversicherung

Artikel 6

(1) Sachleistungen der Krankenversicherung erhalten auch folgende Personen:

1. Arbeitnehmer, die im einen Vertragsstaat versichert sind und sich im anderen Vertragsstaat als entsandte Arbeitnehmer aufhalten,
2. Grenzgänger,
3. Familienangehörige von Arbeitnehmern und Grenzgängern, sofern die Familienangehörigen in dem Vertragsstaat wohnen, in dem die Versicherung nicht besteht.

## Część II
## Postanowienia szczegółowe

### Dział 1
### Ubezpieczenie chorobowe

Artykuł 6

1. Świadczenia rzeczowe z ubezpieczenia chorobowego otrzymują również następujące osoby:

1) pracownicy ubezpieczeni na terytorium jednej Umawiającej się Strony i przebywający na terytorium drugiej Umawiającej się Strony jako pracownicy wysłani,
2) pracownicy przygraniczni,
3) członkowie rodzin pracowników i pracowników przygranicznych, jeżeli mieszkają na terytorium Umawiającej się Strony, gdzie nie są ubezpieczeni.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Familienangehörigen von entsandten Arbeitnehmern.

Artikel 7

(1) Artikel 6 gilt für eine Person, bei der der Versicherungsfall während des vorübergehenden Aufenthalts im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eintritt, nur, wenn sie wegen ihres Zustands sofort Leistungen benötigt.

(2) Artikel 6 gilt nicht für eine Person, die nach eingetretenem Versicherungsfall ihren Aufenthalt in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegt oder bei der vor Verlegung des Aufenthalts absehbar ist, daß Leistungen benötigt werden.

(3) Wären einer Person, die sich im einen Vertragsstaat aufhält, nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Sachleistungen zu erbringen, so ruht der Anspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(4) Absätze 1 und 2 gelten nicht für Grenzgänger und nicht für Leistungen bei Mutterschaft.

Artikel 8

(1) Hält sich eine Person, die Anspruch auf Sachleistungen nach Artikel 6 hat, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats auf, so sind die Sachleistungen vom Träger des Aufenthaltsorts zu erbringen. Träger des Aufenthaltsorts für den Bereich der Krankenversicherung ist

in der Bundesrepublik Deutschland

die für den Aufenthaltsort zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse,

in der Republik Polen

die für den Aufenthaltsort zuständige Einrichtung des Sozialen Gesundheitsdienstes.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften mit Ausnahme der Rechtsvorschriften über die Dauer der Leistungsgewährung, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie der sich hierauf beziehenden Rechtsvorschriften über das Leistungsstreitverfahren.

(3) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur gewährt, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernsthaft zu gefährden.

(4) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die in Artikel 6 genannten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, wie wenn diese Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherten wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

Artikel 9

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die von ihm nach Artikel 8 im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung die nach Artikel 8 aufgewendeten Beträge in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschalbeträge erstattet werden.

2. Ustęp 1 nie znajduje zastosowania wobec członków rodzin pracowników wysłanych.

Artykuł 7

1. Do osoby, której wypadek ubezpieczeniowy wystąpił w czasie przejściowego pobytu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, artykuł 6 znajduje zastosowanie tylko wówczas, jeżeli wymaga ona ze względu na swój stan natychmiastowych świadczeń.

2. Artykułu 6 nie stosuje się w odniesieniu do osoby, która po zaistnieniu wypadku ubezpieczeniowego zmienia miejsce pobytu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony lub co do której przed zmianą miejsca jej pobytu można było przewidzieć, że świadczenia będą konieczne.

3. Jeżeli osobie przebywającej na terytorium jednej z Umawiających się Stron przysługiwałyby świadczenia rzeczowe zgodnie z przepisami obu Umawiających się Stron, roszczenie według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony ulega zawieszeniu.

4. Ustępy 1 i 2 nie mają zastosowania do pracowników przygranicznych i świadczeń z tytułu macierzyństwa.

Artykuł 8

1. Jeżeli osoba przebywa na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i jest uprawniona do świadczeń rzeczowych w myśl artykułu 6, świadczenia te realizuje instytucja właściwa dla miejsca pobytu.

Instytucją właściwą dla miejsca pobytu w zakresie ubezpieczenia chorobowego jest:

w Republice Federalnej Niemiec – właściwa dla miejsca pobytu Allgemeine Ortskrankenkasse,

w Rzeczypospolitej Polskiej – właściwy dla miejsca pobytu zakład społeczny służby zdrowia.

2. Przy udzielaniu świadczeń rzeczowych obowiązują przepisy prawne właściwe dla instytucji w miejscu pobytu z wyjątkiem przepisów prawnych określających, przez jaki okres przysługują świadczenia, krąg uprawnionych członków rodziny oraz przepisów prawnych określających rozstrzyganie sporów w zakresie świadczeń.

3. Protezy i inne świadczenia rzeczowe o znacznym wymiarze finansowym, poza nagłymi wypadkami zapewnia się tylko wówczas, gdy wyrazi zgodę właściwa instytucja. Za nagły wypadek uważa się sytuację, gdy udzielenie świadczenia nie może być przesunięte w czasie bez poważnego zagrożenia życia lub zdrowia danej osoby.

4. Osoby i instytucje, które zawarły umowy z instytucjami, o których mowa w ustępie 1 w sprawie udzielania świadczeń rzeczowych na rzecz ubezpieczonych w tych instytucjach i ich członków rodziny, są zobowiązane do wykonywania świadczeń rzeczowych także na rzecz osób wymienionych w artykule 6, na tych samych warunkach, które przysługiwałyby tym osobom, gdyby były ubezpieczone w instytucjach wymienionych w ustępie 1 lub były członkami rodziny takich ubezpieczonych oraz jak gdyby zawarte umowy obejmowały także te osoby.

Artykuł 9

1. Właściwa władza zwraca instytucji miejsca pobytu poniesione przez nią w indywidualnym wypadku, zgodnie z artykułem 8, rzeczywiste koszty z wyjątkiem kosztów administracyjnych.

2. Właściwe władze mogą na wniosek zainteresowanych instytucji uzgodnić, że dla administracyjnego uproszczenia, kwoty wydatkowane według artykułu 8 we wszystkich wypadkach lub w określonych grupach wypadków będą zwracane w postaci kwot zryczałtowanych.

(3) Soweit den Pauschalbeträgen Durchschnittsausgaben des Trägers des Aufenthaltsorts zugrundeliegen, die sich auf die Zeit der Anspruchsberechtigung oder die Leistungszeit beziehen, richtet sich die Leistungsdauer abweichend von Artikel 8 Absatz 2 nach den für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften. Soweit den Pauschalbeträgen Durchschnittsbeträge zugrundeliegen, die unter Einbeziehung der Ausgaben des Trägers des Aufenthaltsorts für anspruchsberechtigte Angehörige ermittelt sind, richtet sich der Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen abweichend von Artikel 8 Absatz 2 nach den für den Träger des Aufenthaltsorts geltenden Rechtsvorschriften. Soweit in die Pauschalbeträge die in Artikel 8 Absatz 3 bezeichneten Sachleistungen einbezogen sind, gilt diese Vorschrift nicht.

Artikel 10

Geldleistungen der Krankenversicherung sind nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats für die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Personen auch zu zahlen, wenn sie sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten und Anspruch auf Sachleistungen haben.

**Kapitel 2**

**Unfallversicherung**

Artikel 11

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, daß bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit und der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Gesetzen als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

(3) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), bleiben unberührt.

Artikel 12

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen. Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Gebiet sich diese Person gewöhnlich aufhält. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente, so hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der im Gebiet des eigenen Vertragsstaats ausgeübten zur Dauer der nach dem ersten Satz zu berücksichtigenden Beschäftigungen entspricht; dies gilt auch für die Neufeststellung einer Rente aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Gewährung der Hinterbliebenenrente und der Beihilfe an Hinterbliebene.

3. Jeżeli podstawę kwot zryczałtowanych stanowią przeciętne wydatki instytucji w miejscu pobytu, odnoszące się do okresu uprawniającego do świadczenia lub faktycznego korzystania ze świadczenia, okres udzielania świadczenia jest ustalony, odmiennie niż w artykule 8 ustęp 2, według przepisów prawnych obowiązujących instytucję w miejscu pobytu. Jeżeli podstawę kwot zryczałtowanych stanowią przeciętne wydatki, uwzględniające wydatki ustalane dla uprawnionych członkow rodzin przez instytucję miejsca pobytu; to krąg uprawnionych członków rodziny określa się, odmiennie niż w artykule 8 ustęp 2, według przepisów prawnych obowiązujących instytucję w miejscu pobytu. Jeżeli w kwotach zryczałtowanych uwzględnia się świadczenia rzeczowe określone w artykule 8 ustęp 3, niniejszy przepis nie znajduje zastosowania.

Artykuł 10

Świadczenia pieniężne z tytułu ubezpieczenia chorobowego przysługujące w myśl przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony należy także wypłacać osobom wymienionym w artykule 6 ustęp 1, jeżeli przebywają na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i mają uprawnienia do świadczeń rzeczowych.

**Dział 2**

**Ubezpieczenie wypadkowe**

Artykuł 11

1. Jeżeli przepisy prawne jednej Umawiającej się Strony stanowią, że przy określeniu stopnia zmniejszenia zdolności do pracy i ustaleniu roszczenia do świadczenia z tytułu wypadku przy pracy (choroby zawodowej) należy uwzględnić inne wypadki przy pracy (choroby zawodowe), przepisy te stosuje się także do wypadków przy pracy podlegających przepisom prawnym drugiej Umawiającej się Strony, jak gdyby wypadki te podlegały przepisom pierwszej Umawiającej się Strony.

Na równi z wypadkami przy pracy, podlegającymi uwzględnieniu, traktuje się wypadki oraz tytuły odszkodowawcze określone innymi przepisami.

2. Instytucja właściwa do wypłaty odszkodowania za zaistniały wypadek ustala swoje świadczenie, w zależności od stopnia zmniejszenia zdolności do pracy spowodowanego wypadkiem przy pracy (chorobą zawodową), z uwzględnieniem obowiązujących ją przepisów prawnych.

3. Pozostają nienaruszone niemieckie przepisy prawne dotyczące świadczeń z tytułu wypadków przy pracy (chorób zawodowych), które nie zaistniały na obszarze Republiki Federalnej Niemiec, jak również dotyczące świadczeń z tytułu wypadków przy pracy (chorób zawodowych) podlegających odszkodowaniu na podstawie przepisów o rentach obcych.

Artykuł 12

1. Przy ustalaniu uprawnienia do świadczenia z tytułu choroby zawodowej, instytucja Umawiającej się Strony uwzględnia także zatrudnienie, które miało miejsce na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i ze względu na swój rodzaj mogło przyczynić się do powstania tej choroby. Jeżeli według przepisów prawnych obu Umawiających się Stron istnieje uprawnienie do świadczenia, świadczenia rzeczowe i pieniężne z wyjątkiem renty są wykonywane tylko według przepisów tej Umawiającej się Strony, na terytorium której dana osoba zwykle przebywa. Jeżeli według przepisów prawnych jednej z Umawiających się Stron istnieje uprawnienie do renty, to instytucja realizuje tylko tę część świadczenia, proporcjonalnie do okresu zatrudnienia na terytorium tej Umawiającej się Strony w stosunku do całego uwzględnionego okresu zatrudnienia; dotyczy to także sytuacji ponownego określenia wysokości renty ze względu na pogorszenie stanu zdrowia spowodowanego chorobą zawodową.

2. Ustęp 1 stosuje się także w wypadku przyznania renty lub zapomogi dla pozostających przy życiu członków rodziny.

Artikel 13

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen der Unfallversicherung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats hat, erhält auch bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Sachleistungen.

(2) Absatz 1 gilt für eine Person, die während der Heilbehandlung den Aufenthalt in den anderen Vertragsstaat verlegt, nur, wenn der zuständige Träger der Verlegung des Aufenthalts vorher zugestimmt hat. Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldbaren Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat.

(3) Absatz 2 gilt nicht für Grenzgänger.

Artykuł 13

1. Osobie uprawnionej, zgodnie z przepisami prawnymi jednej Umawiającej się Strony do świadczeń rzeczowych z ubezpieczenia wypadkowego – świadczenia te przysługują także w czasie pobytu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

2. Do osoby, która w czasie leczenia zmieniła miejsce pobytu i przeniosła się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, postanowienia ustępu 1 stosuje się tylko wówczas, gdy właściwa instytucja uprzednio wyraziła zgodę na zmianę miejsca pobytu. Zgoda może zostać udzielona już po zmianie miejsca pobytu, jeżeli osoba ta nie uzyskała jej uprzednio z uzasadnionych przyczyn.

3. Ustęp 2 nie dotyczy pracowników przygranicznych.

Artikel 14

(1) Hält sich eine Person, die Anspruch auf Sachleistungen nach Artikel 13 hat, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats auf, so sind die Sachleistungen vom Träger des Aufenthaltsorts zu erbringen. Träger des Aufenthaltsorts ist

in der Bundesrepublik Deutschland

der Träger der Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre,

in der Republik Polen

die für den Aufenthaltsort zuständige Einrichtung des Sozialen Gesundheitsdienstes.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Artikel 8 Absätze 3 und 4 gelten entsprechend.

Artykuł 14

1. Jeżeli osoba przebywa na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i jest uprawniona do świadczeń rzeczowych w myśl artykułu 13, świadczenia te realizuje instytucja właściwa dla miejsca pobytu. Instytucją właściwą dla miejsca pobytu jest:

w Republice Federalnej Niemiec – instytucja ubezpieczenia wypadkowego, która byłaby właściwa, w przypadku realizacji świadczenia zgodnie z niemieckimi przepisami prawnymi,

w Rzeczypospolitej Polskiej – właściwy dla miejsca pobytu zakład społeczny służby zdrowia.

2. Przy realizacji świadczeń rzeczowych obowiązują przepisy prawne, właściwe dla instytucji miejsca pobytu.

3. Artykuł 8 ustęp 3 i 4 stosuje się odpowiednio.

Artikel 15

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die von ihm nach Artikel 14 im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, daß die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in bestimmten Gruppen von Fällen durch Pauschalbeträge erstattet werden.

Artykuł 15

1. Właściwa instytucja zwraca instytucji miejsca pobytu faktycznie wydatkowane przez nią w indywidualnym wypadku kwoty zgodnie z artykułem 14, z wyjątkiem kosztów administracyjnych.

2. Właściwe władze mogą na wniosek zainteresowanych instytucji uzgodnić, że dla uproszczenia postępowania administracyjnego, wydatkowane we wszystkich lub w określonych grupach wypadków kwoty będą zwracane w postaci kwot zryczałtowanych.

Artikel 16

Kurzfristige Geldleistungen der Unfallversicherung sind auch zu erbringen, wenn sich der Berechtigte im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält.

Artykuł 16

Krótkoterminowe świadczenia pieniężne z tytułu ubezpieczenia wypadkowego realizowane będą także w okresie pobytu uprawnionej osoby na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

## Kapitel 3
## Rentenversicherung

### Abschnitt I
### Bilaterale Bestimmungen

Artikel 17

(1) Sind in beiden Vertragsstaaten Versicherungszeiten vorhanden, so werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechnungsfähig sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Nach den polnischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Versicherungszeiten werden hierbei in der knappschaftlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt, wenn sie im polnischen Versorgungssystem für Bergleute zurückgelegt sind. Nach den deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Versicherungszeiten werden in

## Dział 3
## Ubezpieczenie rentowe

### Rozdział I
### Postanowienia dwustronne

Artykuł 17

1. W przypadku istnienia w obu Umawiających się Stronach okresów ubezpieczenia przy ustalaniu uprawnień do świadczeń według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, uwzględnia się również okresy ubezpieczenia, które uprawniają do świadczeń według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony i nie przypadają na ten sam okres. Okresy ubezpieczenia, które podlegają uwzględnieniu stosownie do polskich przepisów prawnych o zaopatrzeniu emerytalnym górników będą uwzględniane w ubezpieczeniu rentowym górników Republiki Federalnej Niemiec. Okresy ubezpieczenia, które podlegają uwzględnieniu stosownie do niemieckich przepisów prawnych o

dem Versorgungssystem für Bergleute der Republik Polen berücksichtigt, wenn sie in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung zurückgelegt sind.

(2) Aus diesem Abkommen ergibt sich kein Anspruch auf Rente nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, wenn nach diesen Rechtsvorschriften nicht eine Mindestversicherungszeit von sechs Monaten zurückgelegt wurde und aufgrund der zurückgelegten Versicherungszeit allein kein Anspruch auf Rente besteht.

(3) Die in Absatz 2 genannten Zeiten werden vom zuständigen Träger des anderen Vertragsstaats bei der Berechnung seiner Rente berücksichtigt.

Artikel 18

(1) Sind die Voraussetzungen für den Erwerb des Leistungsanspruchs erfüllt, so erbringt der zuständige Träger eine Rente, deren Höhe grundsätzlich dem Verhältnis entspricht, in dem die nach seinen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu den zusammengerechneten Versicherungszeiten stehen. Hierzu ermittelt er den von ihm zu zahlenden Rentenbetrag nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften und den folgenden Bestimmungen.

(2) Für die Feststellung der deutschen Rente werden Bemessungsgrundlagen und Entgeltpunkte nur aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Rentenberechnung zu berücksichtigen sind.

(3) Für die Feststellung der polnischen Rente stellt der polnische Träger die Bemessungsgrundlage in Anwendung der polnischen Rechtsvorschriften fest. Er berechnet sodann den theoretischen Betrag der Rente, auf den der Berechtigte Anspruch hätte, wenn die zusammengerechneten Versicherungszeiten nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären. Der polnische Träger ermittelt anschließend den tatsächlich geschuldeten Betrag der Rente nach dem Verhältnis zwischen den nach seinen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und den zusammengerechneten Versicherungszeiten. Besteht Anspruch auf Altersrente, zahlt er mindestens den Betrag der Rente, der sich aus den allein nach seinen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und der Anwendung seiner Rechtsvorschriften ergibt.

## Abschnitt II

## Rentenversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften

Artikel 19

(1) Nach den polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten, die nicht in der knappschaftlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen sind, sind in der Rentenversicherung der Angestellten, wenn während dieser Zeiten zuletzt eine entsprechende Beschäftigung ausgeübt wurde, sonst in der Rentenversicherung der Arbeiter zu berücksichtigen.

(2) Ist Voraussetzung für den Anspruch nach den deutschen Rechtsvorschriften, daß ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur insoweit, als während dieser Zeiten gleichartige Arbeiten verrichtet wurden. Der Leistungszuschlag ist dabei in dem Verhältnis der deutschen ständigen Arbeiten unter Tage zu den insgesamt zurückgelegten Arbeiten unter Tage zu ermitteln.

(3) Für Personen, die sich in der Republik Polen gewöhnlich aufhalten, gilt Artikel 5 in bezug auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach deutschen Rechtsvorschriften nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

ubezpieczeniu rentowym górników, będą uwzględniane w systemie zaopatrzenia emerytalnego górników Rzeczypospolitej Polskiej, jeżeli zostały przebyte w niemieckim systemie ubezpieczenia rentowego górników.

2. Z niniejszej Umowy nie wynika prawo do renty według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, jeżeli według tych przepisów prawnych nie zaistniał co najmniej sześciomiesięczny okres ubezpieczenia i jeżeli zaistniałe okresy ubezpieczenia nie uzasadniają uprawnienia do renty.

3. Przy ustaleniu renty właściwa instytucja drugiej Umawiającej się Strony uwzględnia okresy wymienione w ustępie 2.

Artykuł 18

1. Jeżeli spełnione są warunki do nabycia uprawnień do świadczenia, właściwa instytucja zapewnia rentę, której wysokość co do zasady odpowiada proporcji okresu ubezpieczenia na terytorium tej Umawiającej się Strony w stosunku do całego uwzględnionego okresu ubezpieczenia. W tym celu instytucja ta określa kwotę renty według obowiązujących ją przepisów prawnych oraz poniższych postanowień.

2. W celu określenia renty niemieckiej, podstawę wymiaru i kryteria obliczenia (w niemieckim pojęciu Entgeltpunkte) ustala się tylko w oparciu o okresy ubezpieczenia, które zgodnie z niemieckimi przepisami prawnymi należy uwzględnić dla obliczenia renty.

3. Dla ustalenia wysokości renty polskiej, polska instytucja na podstawie polskich przepisów prawnych ustala podstawę wymiaru, a następnie oblicza teoretyczną wysokość renty, która przysługiwałaby ubezpieczonemu, gdyby zliczone okresy ubezpieczenia przebyte zostały zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi. Polska instytucja ustala obciążającą ją kwotę renty zgodnie ze stosunkiem okresów przebytych na podstawie obowiązujących ją przepisów do całości uwzględnionego okresu. W przypadku emerytury wypłaca ona świadczenie w takiej wysokości, która wynika z okresów ubezpieczenia przebytych wyłącznie w myśl i przy zastosowaniu obowiązujących ją przepisów prawnych.

## Rozdział II

## Ubezpieczenie rentowe według niemieckich przepisów prawnych

Artykuł 19

1. Okresy ubezpieczenia przebyte zgodnie z polskimi przepisami prawnymi, których nie można uwzględnić w niemieckim systemie ubezpieczenia rentowego górników, uwzględnia się w ubezpieczeniu rentowym pracowników umysłowych, jeżeli w tych okresach było wykonywane jako ostatnie odpowiednie zatrudnienie, a w innych przypadkach w ubezpieczeniu rentowym pracowników fizycznych.

2. Jeżeli warunkiem roszczenia według niemieckich przepisów prawnych jest wykonywanie pracy stale pod ziemią lub równorzędnej, instytucja niemiecka uwzględnia okresy opłacania składek zaliczone według polskich przepisów prawnych tylko wtedy gdy w tych okresach wykonywane były prace równorzędne. Dodatek do świadczenia ustala się zgodnie ze stosunkiem niemieckich okresów pracy stale pod ziemią do ogólnie przebytych okresów pracy pod ziemią.

3. Artykuł 5 w odniesieniu do renty z tytułu zmniejszonej zdolności do pracy stosuje się, według niemieckich przepisów prawnych, do osób zwykle przebywających w Rzeczypospolitej Polskiej tylko wówczas, gdy uprawnienie istnieje niezależnie od aktualnej sytuacji na rynku pracy.

(4) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten, bleiben unberührt.

(5) Artikel 17 Absatz 1 gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

(6) Auf Rehabilitationsleistungen der deutschen Rentenversicherung findet Artikel 5 keine Anwendung.

(7) Eine Erstattung der Beiträge zur deutschen Rentenversicherung kann nicht verlangt werden, wenn das Recht zur freiwilligen Versicherung nach deutschen Rechtsvorschriften nicht besteht.

4. Pozostają nienaruszone niemieckie przepisy prawne dotyczące świadczeń za okresy ubezpieczenia, które nie zostały przebyte na obszarze Republiki Federalnej Niemiec, jak również dotyczące świadczeń za okresy zaliczone zgodnie z prawem o rentach obcych.

5. Artykuł 17 ustęp 1 stosuje się odpowiednio do świadczeń, których przyznanie, według niemieckich przepisów prawnych, zależy od uznania instytucji.

6. Artykuł 5 nie ma zastosowania do świadczeń rehabilitacyjnych.

7. Nie można żądać zwrotu składek wpłaconych do niemieckiej instytucji ubezpieczeniowej, w przypadku gdy w myśl niemieckich przepisów prawnych nie ustaje prawo do dobrowolnego ubezpieczenia.

## Abschnitt III

## Rentenversicherung nach den polnischen Rechtsvorschriften

### Artikel 20

(1) Für Personen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten, gilt Artikel 5 in bezug auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach polnischen Rechtsvorschriften nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

(2) Artikel 5 findet auf außerhalb des Hoheitsgebiets der Republik Polen zurückgelegte Versicherungszeiten keine Anwendung, es sei denn, daß für diese Zeiten Beiträge an einen polnischen Versicherungsträger gezahlt worden sind.

(3) Artikel 5 findet keine Anwendung auf Leistungen, deren Erbringung nach polnischen Rechtsvorschriften im Ermessen des zuständigen Trägers liegt.

(4) Eine Erstattung von Beiträgen zur polnischen Rentenversicherung ist ausgeschlossen.

## Rozdział III

## Zaopatrzenie emerytalne według polskich przepisów prawnych

### Artykuł 20

1. Artykuł 5 w odniesieniu do renty z tytułu zmniejszonej zdolności do pracy stosuje się, według polskich przepisów prawnych, do osób zwykle przebywających w Republice Federalnej Niemiec, tylko wówczas gdy uprawnienie przysługuje niezależnie od sytuacji na rynku pracy.

2. Artykuł 5 nie ma zastosowania do świadczeń za okresy ubezpieczenia przebyte poza terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, chyba że za te okresy zostały opłacone składki w polskiej instytucji ubezpieczeniowej.

3. Artykuł 5 nie ma zastosowania do świadczeń, których przyznanie według polskich przepisów prawnych zależy od uznania właściwej instytucji.

4. Wyklucza się zwrot składek wpłaconych do polskiej instytucji ubezpieczeniowej.

## Teil III

## Verschiedene Bestimmungen

### Artikel 21

(1) Zur Durchführung dieses Abkommens

a) verkehren die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander,

b) können die zuständigen Behörden die hierzu erforderlichen Maßnahmen vereinbaren,

c) unterrichten sich die zuständigen Behörden gegenseitig über die geltende Gesetzgebung auf dem Gebiet der Sozialversicherung sowie über alle späteren Änderungen.

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

– In der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung
der AOK-Bundesverband, Bonn,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin,

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Berlin, Berlin,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

## Część III

## Postanowienia różne

### Artykuł 21

1. Dla stosowania niniejszej Umowy:

a) właściwe władze porozumiewają się bezpośrednio między sobą,

b) właściwe władze mogą uzgodnić potrzebne do tego środki,

c) właściwe władze informują się wzajemnie o obowiązującym ustawodawstwie w dziedzinie zabezpieczenia społecznego, jak również o wszelkich późniejszych zmianach.

2. Przy stosowaniu niniejszej Umowy powołuje się następujące instytucje łącznikowe:

– w Republice Federalnej Niemiec

dla ubezpieczenia chorobowego
AOK – Bundesverband, Bonn,

dla ubezpieczenia wypadkowego
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin,

dla ubezpieczenia rentowego pracowników fizycznych
Landesversicherungsanstalt Berlin, Berlin,

dla ubezpieczenia rentowego pracowników umysłowych
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

dla ubezpieczeń rentowych górników
Bundesknappschaft, Bochum,

– in der Republik Polen

für den Bereich der Sachleistungen
das Ministerium für Gesundheit und Sozialfürsorge,

für den übrigen Bereich
die Sozialversicherungsanstalt, Warschau.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für die Feststellung der Leistungen mit Ausnahme der Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind oder

b) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Republik Polen gewöhnlich aufhält oder

c) der Berechtigte sich als polnischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Die Zuständigkeiten der Bundesbahnversicherungsanstalt und der Seekasse bleiben unberührt.

Artikel 22

(1) Die Behörden und Träger gewähren sich gegenseitig, erforderlichenfalls durch Vermittlung der Verbindungsstellen, unentgeltlich Amts- und Rechtshilfe bei der Durchführung dieses Abkommens sowie bei der Entscheidung von Streitfällen im Zusammenhang mit diesem Abkommen.

(2) Die Behörden und Träger übermitteln sich, erforderlichenfalls durch Vermittlung der Verbindungsstellen, auf Anforderung unentgeltlich Auskünfte und Nachweise über den Arbeits- und Versicherungsverlauf im Gebiet des anderen Staates.

(3) Die zuständigen Stellen und Personen, die sich im Gebiet des anderen Staates aufhalten, können unmittelbar miteinander korrespondieren. Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke können durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

Artikel 23

Schriftstücke, insbesondere Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe können in deutscher oder polnischer Sprache abgefaßt werden und dürfen wegen der Wahl einer der beiden Sprachen nicht zurückgewiesen werden.

Artikel 24

Urkunden, Dokumente und andere Schriftstücke, die im Rahmen der Anwendung dieses Abkommens vorzulegen sind, bedürfen nicht der Legalisation durch diplomatische oder konsularische Vertretungen.

Artikel 25

Für die Weitergabe von personenbezogenen Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aufgrund dieses Abkommens oder einer Vereinbarung zu seiner Durchführung gilt das jeweilige innerstaatliche Datenschutzrecht. Diese Daten dürfen vom Empfänger nicht unbefugt offenbart und nur zur Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, verwendet werden.

Artikel 26

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen

– w Rzeczypospolitej Polskiej

w zakresie świadczeń rzeczowych
Minsterstwo Zdrowia i Opieki Społecznej,

a w pozostałym zakresie
Zakład Ubezpieczeń Społecznych w Warszawie.

3. Jeżeli niemieckie przepisy prawne tego jeszcze nie przewidziały, to powołana w ubezpieczeniu rentowym pracowników fizycznych instytucja łącznikowa jest właściwa do ustalania świadczeń z wyjątkiem świadczeń rehabilitacyjnych, jeżeli:

a) okresy ubezpieczenia zaistniały lub podlegają zaliczeniu według niemieckich i polskich przepisów prawnych, lub

b) uprawniony zwykle przebywa na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, lub

c) uprawniony jako obywatel polski zwykle przebywa poza Umawiającymi się Stronami.

Nie narusza się kompetencji Bundesbahnversicherungsanstalt i Seekasse.

Artykuł 22

1. Władze i instytucje udzielają sobie wzajemnie, w miarę potrzeby za pośrednictwem instytucji łącznikowych, bezpłatnej pomocy prawnej i urzędowej przy stosowaniu niniejszej Umowy, jak również przy rozstrzyganiu przypadków spornych związanych z Umową.

2. Władze i instytucje przekazują sobie na wniosek i bezpłatnie, w miarę potrzeby za pośrednictwem instytucji łącznikowych, informacje i zaświadczenia o przebiegu pracy i ubezpieczenia na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

3. Właściwe instytucje i osoby przebywające na terytorium drugiej Umawiającej się Strony mogą korespondować ze sobą bezpośrednio. Orzeczenia, decyzje i inne dokumenty wymagające potwierdzenia doręczenia mogą być doręczone listem poleconym za zwrotnym poświadczeniem odbioru.

Artykuł 23

Pisma, w szczególności wnioski, oświadczenia i środki odwoławcze, mogą być sporządzone w językach niemieckim lub polskim i nie mogą być odrzucone z powodu wyboru jednego z tych języków.

Artykuł 24

Świadectwa, dokumenty i inne pisma przedkładane w ramach stosowania niniejszej Umowy nie wymagają legalizacji przez przedstawicielstwa dyplomatyczne lub urzędy konsularne.

Artykuł 25

Przy przekazywaniu danych osobowych, jak również tajemnic zakładowych lub służbowych stosownie do niniejszej Umowy lub porozumienia wykonawczego, stosuje się właściwe wewnętrzne przepisy prawne o ochronie danych. Instytucji przyjmującej danych tych nie wolno ujawniać bez upoważnienia; mogą one być wykorzystywane wyłącznie celem realizowania niniejszej Umowy i tych przepisów prawnych, do których się ona odnosi.

Artykuł 26

1. Jeżeli wniosek o świadczenia, według przepisów prawnych jednej z Umawiających się Stron został złożony w instytucji drugiej Umawiającej się Strony, która jest uprawniona według obowiązujących ją przepisów prawnych do przyjęcia danego wniosku, to wniosek ten uważa się za złożony we właściwej instytucji. Stosuje

Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des andern Vertragsstaats erworbenen Ansprüche in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich ist.

## Teil IV
## Übergangs- und Schlußbestimmungen

### Artikel 27

(1) Dieses Abkommen gilt im Bereich der Renten- und Unfallversicherung für alle Ansprüche aus Versicherungszeiten und Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nach dem 31. Dezember 1990 im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats zurückgelegt werden oder eintreten. Es gilt weiterhin für die Ansprüche der Personen, die nach dem 31. Dezember 1990 ihren Wohnort in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegen, dort erneut begründen oder in einem Drittstaat haben. Im Bereich der Krankenversicherung gilt das Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor dem 1. Januar 1991 eingetreten sind.

(2) Die vor dem 1. Januar 1991 aufgrund des Abkommens vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung (Abkommen von 1975) von Personen in einem Vertragsstaat erworbenen Ansprüche und Anwartschaften werden durch dieses Abkommen nicht berührt, solange diese Personen auch nach dem 31. Dezember 1990 ihren Wohnort im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats beibehalten. Für die Ansprüche dieser Personen in der Renten- und Unfallversicherung gelten die Bestimmungen des Abkommens von 1975; hierbei sind für Anspruchsvoraussetzungen und Höhe der Leistungen die Rechtsvorschriften maßgebend, die am jeweiligen Wohnort für Versicherungszeiten und Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) gelten, die dort zurückgelegt worden oder eingetreten sind. Für Ansprüche und Anwartschaften in der Renten- und Unfallversicherung, die am 2. Oktober 1990 nach dem Vertrag vom 13. Juli 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik (Vertrag von 1957) bestanden, sind die Rechtsvorschriften maßgebend, die für Versicherungszeiten und Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) gelten, die an dem am 2. Oktober 1990 bestehenden Wohnort zurückgelegt worden oder eingetreten sind.

(3) Ansprüche und Anwartschaften in der Renten- und Unfallversicherung nach dem Abkommen von 1975 für die bis zur Einreise zurückgelegten Versicherungszeiten erwerben auch Personen, die vor dem 1. Januar 1991 in den anderen Vertragsstaat eingereist sind, bis zu diesem Zeitpunkt die Verlegung des Wohnorts in den anderen Vertragsstaat beantragt haben und sich dort seither ununterbrochen aufhalten, sofern sie im Zeitpunkt des Versicherungsfalls, spätestens vom 30. Juni 1991 an, in diesem Vertragsstaat wohnen. Insoweit gilt Absatz 1 Satz 2 nicht.

(4) Ansprüche und Anwartschaften in der Renten- und Unfallversicherung nach dem Abkommen von 1975 für die bis zur Einreise zurückgelegten Versicherungszeiten erwerben auch Personen, die vor dem 1. Januar 1991 in den anderen Vertragsstaat eingereist sind, bis zu diesem Zeitpunkt die Verlegung des Wohnorts in den anderen Vertragsstaat beantragt haben und sich dort seither ununterbrochen aufhalten, sofern sie im Zeitpunkt des Versicherungsfalls, spätestens vom 30. Juni 1991 an, in diesem Vertragsstaat wohnen. Insoweit gilt Absatz 1 Satz 2 nicht.

się to odpowiednio do innych wniosków, oświadczeń i środków odwoławczych.

2. Instytucja Umawiającej się Strony, w której te wnioski, oświadczenia i środki odwoławcze zostały złożone, przekazuje je niezwłocznie właściwej instytucji drugiej Umawiającej się Strony.

3. Wniosek o świadczenia według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony uważa się także za wniosek o odpowiednie świadczenie według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony. Postanowienia tego nie stosuje się, gdy wnioskodawca wyraźnie wnosi o to, aby ustalenie uprawnień nabytych według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony zostało odroczone w takich przypadkach, gdy przepisy prawne tej Umawiającej się Strony dają samemu wnioskodawcy możliwość ustalenia momentu, który byłby miarodajny dla spełnienia warunków niezbędnych do świadczeń.

## Część IV
## Przepisy przejściowe i końcowe

### Artykuł 27

1. Niniejszą Umowę stosuje się w zakresie zaopatrzenia emerytalnego i wypadkowego do wszystkich uprawnień z tytułu okresów ubezpieczenia i wypadków przy pracy (chorób zawodowych), które zostały przebyte lub powstały po 31 grudnia 1990 r. na terytorium jednej z Umawiających się Stron. Stosuje się ją ponadto do roszczeń osób, które po dniu 31 grudnia 1990 r. przeniosą swoje miejsce zamieszkania lub ponownie zamieszkają na terytorium drugiej Umawiającej się Strony albo mieszkają na terytorium państwa trzeciego. W zakresie ubezpieczenia chorobowego niniejszą Umowę stosuje się również do wypadków ubezpieczeniowych, które zaistniały przed 1 stycznia 1991 r.

2. Niniejsza Umowa nie narusza roszczeń i uprawnień, nabytych do dnia 1 stycznia 1991 r. w jednej z Umawiających się Stron na podstawie Umowy z 9 października 1975 r. między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzecząpospolitą Ludową o zaopatrzeniu emerytalnym i wypadkowym (Umowa z 1975 r.) tak długo jak te osoby, także po dniu 31 grudnia 1990 r., będą mieszkać na terytorium tej Umawiającej się Strony. W odniesieniu do roszczeń tych osób w zaopatrzeniu emerytalnym i wypadkowym nadal obowiązują postanowienia Umowy z 1975 r.; w tym wypadku dla warunków powstania roszczenia i wysokości świadczenia właściwe są przepisy prawne obowiązujące w odnośnym miejscu zamieszkania dla okresów ubezpieczenia i wypadków przy pracy (chorób zawodowych), które tam zostały przebyte lub powstały. Dla roszczeń i uprawnień, istniejących dnia 2 października 1990 r. zgodnie z Umową z dnia 13 lipca 1957 r. między Niemiecką Republiką Demokratyczną i Polską Rzecząpospolitą Ludową o współpracy w dziedzinie polityki społecznej (Umowa z 1957 r.), pozostają miarodajne przepisy prawne, które obowiązują dla okresów ubezpieczenia i wypadków przy pracy (chorób zawodowych), które zostały przebyte lub powstały w istniejącym dnia 2 października 1990 r. miejscu zamieszkania.

3. Roszczenia i uprawnienia w zakresie zaopatrzenia emerytalnego i wypadkowego w myśl Umowy z 1975 r. za okresy ubezpieczenia przebyte do momentu przyjazdu przysługują także osobom które przed dniem 1 stycznia 1991 r. przybyły na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i do tej daty złożyły wniosek o przeniesienie miejsca zamieszkania na jej terytorium i przebywają od tej daty nieprzerwanie, jeżeli w okresie zaistnienia wypadku ubezpieczenia najpóźniej od dnia 30 czerwca 1991 r. mieszkają na terytorium tej Strony. W tym przypadku ust. 1 zdanie 2 nie ma zastosowania.

4. Roszczenia i uprawnienia w zakresie zaopatrzenia emerytalnego i wypadkowego w myśl Umowy z 1975 r. z tytułu okresów ubezpieczenia zaistniałych do dnia przybycia przysługują także

sonen, die vor dem 1. Juli 1991 ihren Wohnort in den anderen Vertragsstaat verlegen, wenn die Verlegung des Wohnorts vor dem 1. Januar 1991 aus Gründen unterblieben ist, die diese Personen nicht zu vertreten haben. Insoweit gilt Absatz 1 nicht.

(5) Der Vertrag von 1957 ist erloschen. Auf der Grundlage dieses Vertrags gezahlte Renten werden nach Maßgabe seiner Bestimmungen weitergezahlt.

Artikel 28

(1) Artikel 7 bis Artikel 10 Absatz 1 des Abkommens vom 25. April 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Sozialversicherung von Arbeitnehmern, die in das Gebiet des anderen Staats vorübergehend entsandt werden, treten mit Inkrafttreten dieses Abkommens außer Kraft.

(2) Versicherungszeiten polnischer Werktätiger im Sinne des Abkommens vom 5. September 1988 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beschäftigung polnischer Werktätiger in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik, die aufgrund dieses Abkommens zurückgelegt wurden, gelten als Versicherungszeiten nach polnischen Rechtsvorschriften.

Artikel 29

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Erbringung von Rentenleistungen für die Zeit vor dem 1. Januar 1991; es begründet keinen Anspruch auf Erbringung von Sachleistungen, Geldleistungen der Krankenversicherung und kurzfristige Geldleistungen der Unfallversicherung für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Soweit einer Person, die sich außerhalb der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhält, bei Inkrafttreten des Abkommens eine Rente zusteht, berührt das Abkommen die Zahlung dieser Rente auch für die Zeit nach seinem Inkrafttreten nicht. Dies gilt auch für unmittelbar nachfolgende Versicherungsfälle.

(5) Sofern Renten vor Inkrafttreten des Abkommens von 1975 nach Polen nicht erbracht wurden, werden sie nach näherer Maßgabe des Schlußprotokolls mit Wirkung vom 1. Januar 1991 nach Polen erbracht.

Artikel 30

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens

Artikel 31

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am 1. Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 32

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs schriftlich kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften

osobom, które przed 1 lipca 1991 r. przeniosą swoje miejsce zamieszkania do drugiej Umawiającej się Strony, jeżeli zmiana miejsca zamieszkania przed dniem 1 stycznia 1991 r. nie doszła do skutku z niezależnych od tych osób powodów. W tym przypadku ustęp 1 nie ma zastosowania.

5. Umowa z 1957 r. traci moc, z tym że renty przyznane na podstawie tej umowy będą nadal wypłacane zgodnie z jej postanowieniami.

Artykuł 28

1. Artykuły 7 do 10 ust. 1 Umowy z 25 kwietnia 1973 r. między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzecząpospolitą Ludową o ubezpieczeniu społecznym pracowników wysłanych przejściowo na obszar drugiego Państwa tracą moc z chwilą wejścia w życie niniejszej Umowy.

2. Za okresy ubezpieczenia przebyte na podstawie polskich przepisów prawnych uważa się również okresy ubezpieczenia polskich pracowników przebyte w myśl Umowy z dnia 5 września 1988 r. między Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o współpracy w dziedzinie zatrudnienia polskich pracowników w przedsiębiorstwach Niemieckiej Republiki Demokratycznej.

Artykuł 29

1. Niniejsza Umowa nie uzasadnia roszczeń w sprawie wypłaty świadczeń rentowych za okres przed 1 stycznia 1991 r.; nie uzasadnia roszczenia do realizacji świadczeń rzeczowych, świadczeń pieniężnych z ubezpieczenia chorobowego i krótkoterminowych świadczeń pieniężnych z ubezpieczenia wypadkowego za okres przed jej wejściem w życie.

2. Przy stosowaniu niniejszej Umowy uwzględnia się także istotne okoliczności zaistniałe przed jej wejściem w życie, według przepisów prawnych Umawiających się Stron.

3. Wcześniejsze postanowienia nie sprzeciwiają się stosowaniu niniejszej Umowy.

4. Jeżeli osobie zwykle przebywającej poza terytorium Umawiających się Stron przysługuje renta w momencie wejścia w życie Umowy, Umowa nie narusza płatności tej renty w okresie po jej wejściu w życie. Dotyczy to także zmiany uprawnień związanych z tą rentą oraz z niej wynikających.

5. Renty, które nie były przekazywane do Polski przed wejściem w życie Umowy z 1975 r., będą począwszy od dnia 1 stycznia 1991 r., według zasad określonych bliżej w Protokole końcowym do niniejszej Umowy, do Polski przekazywane.

Artykuł 30

Załączony Protokół końcowy stanowi integralną część niniejszej Umowy.

Artykuł 31

1. Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji; dokumenty ratyfikacyjne wymienione zostaną możliwie najszybciej w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wchodzi w życie w pierwszym dniu miesiąca po upływie tego miesiąca, w którym dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione.

Artykuł 32

1. Niniejsza Umowa zawarta jest na czas nieokreślony. Każda z Umawiających się Stron może ją wypowiedzieć pisemnie przy zachowaniu terminu trzech miesięcy do końca roku kalendarzowego.

2. Jeżeli Umowa utraci swoją moc wskutek wypowiedzenia, to jej postanowienia dotyczące nabytych do tego momentu roszczeń o świadczenia pozostają nadal w mocy. Ograniczające przepisy

über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Warschau am 8. Dezember 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

prawne dotyczące wykluczenia lub zawieszenia roszczenia lub pozbawienia świadczeń z powodu pobytu za granicą dla tego typu roszczeń nie będą uwzględnione.

Na dowód czego Pełnomocnicy podpisali niniejszą Umowę i opatrzyli ją pieczęciami.

Sporządzono w Warszawie dnia 8 grudnia 1990 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
Günter Knackstedt
Norbert Blüm

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Jacek Kuroń

## Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Soziale Sicherheit

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 4 des Abkommens:

   Die Gleichbehandlung gilt nicht für die freiwillige Versicherung in der Rentenversicherung.

2. Zu den Artikeln 4 und 5 des Abkommens:

   Die Bundesrepublik Deutschland wird bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften folgende Personen gemäß den von ihr unterzeichneten nachfolgenden Übereinkünften mit den Staatsangehörigen der Vertragsstaaten gleichbehandeln:

   a) Flüchtlinge im Sinne des Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, wenn sie sich im Gebiet eines Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten,

   b) Staatenlose im Sinne des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, wenn sie sich im Gebiet eines Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten,

   c) Angehörige und Hinterbliebene der unter den Buchstaben a und b genannten Personen, soweit sie ihre Rechte von diesen Personen ableiten und sich im Gebiet eines Vertragsstaats gewöhnlich aufhalten.

3. Zu den Artikeln 10 und 16 des Abkommens:

   a) Für den Anspruch auf Geldleistungen der Krankenversicherung oder auf kurzfristige Geldleistungen der Unfallversicherung hat ein Versicherter, der sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, dem Träger des Aufenthaltsorts innerhalb von drei Tagen eine vom behandelnden Arzt ausgestellte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorzulegen.

   b) Der Träger des Aufenthaltsorts führt die nach seinen Rechtsvorschriften notwendigen verwaltungsmäßigen Kontrollen oder medizinischen Untersuchungen durch und unterrichtet unverzüglich den zuständigen Träger.

   c) Geht die Arbeitsunfähigkeit über die voraussichtliche Dauer hinaus, gelten die Buchstaben a und b entsprechend.

   d) Der zuständige Träger behält in jedem Fall das Recht, die betreffende Person durch einen Arzt seiner Wahl untersuchen zu lassen.

   e) Der zuständige Träger entscheidet allein, ob und gegebenenfalls für welche Zeit aufgrund der ihm übermittelten Unterlagen Arbeitsunfähigkeit anerkannt werden kann. Er zahlt die in Betracht kommenden Leistungen dem Leistungsempfänger direkt aus und unterrichtet den Versicherten sowie den Träger des Aufenthaltsorts.

4. Zu Artikel 17 Absatz 1 des Abkommens:

   Die in den Sätzen 2 und 3 getroffenen Bestimmungen zur knappschaftlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland gelten entsprechend für die bergbauliche Ver-

## Protokół końcowy do Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o zabezpieczeniu społecznym

Przy podpisaniu zawartej w dniu dzisiejszym Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o zabezpieczeniu społecznym Pełnomocnicy obu Umawiających się Stron oświadczają, że istnieje porozumienie w następujących kwestiach:

1. Do artykułu 4 Umowy:

   Równouprawnienie nie obejmuje dobrowolnego ubezpieczenia emerytalnego.

2. Do artykułów 4 i 5 Umowy:

   Republika Federalna Niemiec przy stosowaniu niemieckich przepisów prawnych będzie następujące osoby traktowała na równi z obywatelami Umawiających się Stron, zgodnie z podpisanymi przez nią wymienionymi konwencjami:

   a) uchodźców w rozumieniu Konwencji z dnia 28 lipca 1951 roku i Protokołu z dnia 31 stycznia 1967 roku o statusie prawnym uchodźców, jeżeli zwykle przebywają oni na terytorium jednej z Umawiających się Stron,

   b) bezpaństwowców w rozumieniu Konwencji z dnia 28 września 1954 roku o statusie prawnym bezpaństwowców, jeżeli zwykle przebywają oni na terytorium jednej z Umawiających się Stron,

   c) członków rodzin i pozostałych przy życiu krewnych osób wymienionych w punkcie a i b, jeżeli wywodzą oni swoje prawa od tych osób i zwykle przebywają na terytorium jednej z Umawiających się Stron.

3. Do artykułow 10 i 16 Umowy:

   a) dla uzyskania prawa do świadczeń pieniężnych z ubezpieczenia chorobowego lub krótkoterminowych świadczeń pieniężnych z ubezpieczenia wypadkowego ubezpieczony, który przebywa na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, powinien przedłożyć w ciągu trzech dni w instytucji właściwej dla miejsca pobytu zaświadczenie o niezdolności do pracy wystawione przez lekarza prowadzącego,

   b) instytucja właściwa dla miejsca pobytu przeprowadza w myśl obowiązujących ją przepisów prawnych konieczne kontrole administracyjne lub badania lekarskie i niezwłocznie powiadamia właściwą instytucję,

   c) jeżeli niezdolność do pracy przedłuża się ponad przewidywany okres, stosuje się odpowiedno postanowienia pkt. a) i b),

   d) właściwa instytucja zachowuje w każdym przypadku prawo poddania ubezpieczonego badaniom lekarskim przez wyznaczonego przez siebie lekarza,

   e) właściwa instytucja na podstawie przekazanej dokumentacji rozstrzyga, czy i na jaki okres może zostać uznana niezdolność do pracy. Instytucja ta wypłaca przewidziane świadczenia bezpośrednio świadczeniobiorcy powiadamiając o tym ubezpieczonego i instytucję właściwą dla miejsca pobytu.

4. Do artykułu 17 ustęp 1 Umowy:

   Ustalenia poczynione w zdaniach 2 i 3 dotyczące ubezpieczenia rentowego górników Republiki Federalnej Niemiec stosuje się odpowiednio do ubezpieczenia rentowego górników na

sicherung in dem am 3. Oktober 1990 zur Bundesrepublik Deutschland beigetretenen Gebiet.

5. Zu Artikel 27 Absatz 1 Sätze 1 und 2 des Abkommens:

   Für Ansprüche auf Rentenleistungen, die nach dem 31. Dezember 1990 entstehen, bleiben bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens die Bestimmungen des Abkommens von 1975 maßgeblich.

6. Zu Artikel 29 Absatz 5 des Abkommens:

   Die Bestimmung gilt für die Fälle, in denen vor Inkrafttreten des Abkommens von 1975 eine Rentenleistung nach Polen nicht erbracht wurde, weil die deutschen Rechtsvorschriften eine Erbringung in bestimmte Gebiete nicht vorsahen. In diesen Fällen besteht für Personen, bei denen spätestens bei Inkrafttreten des Abkommens von 1975 der Versicherungsfall des Alters oder des Todes eingetreten oder bei denen der Versicherungsfall der Invalidität verbindlich festgestellt war, für die Zeit vom 1. Januar 1991 an ein Anspruch auf Zahlung der Rente nach Polen. Für die Erbringung der Rentenleistungen gelten für alle Berechtigten die am 2. Oktober 1990 in der Bundesrepublik Deutschland maßgeblichen Bestimmungen über die Erbringung von Leistungen der Rentenversicherung an Ausländer im Ausland. Für die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der Rente sind die rentenrechtlichen Vorschriften maßgeblich, die am Tage vor Inkrafttreten des Abkommens von 1975 in dessen bis zum 2. Oktober 1990 auf deutscher Seite gegebenen Geltungsbereich maßgeblich waren. Sofern die Rente bisher nicht festgestellt worden ist, sind hinsichtlich ihrer Höhe die entsprechenden geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden.

terenie włączonym do Republiki Federalnej Niemiec 3 października 1990 r.

5. Do artykułu 27 ustęp 1 zdanie 1 i 2 Umowy:

   Do dnia wejścia w życie niniejszej Umowy, w stosunku do roszczén rentowych powstałych po dniu 31 grudnia 1990 r. stosuje się postanowienia Umowy z 1975 r.

6. Do artykułu 29 ustęp 5 Umowy:

   Postanowienia stosuje się do przypadków, w których przed wejściem w życie Umowy z 1975 r. nie zostały zrealizowane świadczenia rentowe do Polski, ponieważ niemieckie przepisy prawne nie przewidywały realizacji tych świadczeń na określone tereny. W tych przypadkach istnieje od dnia 1 stycznia 1991 r. uprawnienie wypłaty renty do Polski dla osób, u których najpóźniej w dniu wejścia w życie Umowy z 1975 r. spełnione były warunki do świadczeń na wypadek starości lub śmierci albo u których było stwierdzone wiążaco inwalidztwo. Dla realizacji świadczeń rentowych do Polski stosuje się do wszystkich uprawionych obowiązujące w Republice Federalnej Niemiec w dniu 2 października 1990 r. właściwe przepisy o realizacji świadczeń z ubezpieczenia rentowego dla cudzoziemców zamieszkałych za granicą. Dla ustalenia prawa do roszczeń i wysokości renty stosuje się wobec wszystkich uprawnionych przepisy z zakresu ubezpieczenia rentowego, które po stronie niemieckiej obowiązywały w okresie od dnia poprzedzającego wejście w życie Umowy z 1975 r. do dnia 2 października 1990 r., na obszarze objętym tą Umową. Jeżeli świadczenie rentowe nie zostało dotychczas ustalone, dla obliczenia jego wysokości stosuje się odpowiednie, obowiązujące przepisy prawne.

Geschehen zu Warschau am 8. Dezember 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sporządzono w Warszawie dnia 8 grudnia 1990 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
Günter Knackstedt
Norbert Blüm

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Jacek Kuroń

## Denkschrift zum Abkommen

### I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen gilt im Bereich der Sozialen Sicherheit das Abkommen vom 9. Oktober 1975 über Renten- und Unfallversicherung (BGBl. 1976 II S. 393). Im Zuge der fortschreitenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Integration Europas und der damit einhergehenden Normalisierung und Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen hat es sich als notwendig erwiesen, ein neues Abkommen über Soziale Sicherheit zu schließen, das den veränderten Gegebenheiten unter Einschluß der Herstellung der deutschen Einheit Rechnung trägt. Das neue Abkommen orientiert sich an den Prinzipien, die für vergleichbare Regelungen in der Europäischen Gemeinschaft und den meisten westeuropäischen Ländern gelten. Das Abkommen erstreckt sich auf die Gebiete der Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung.

Im Bereich der Rentenversicherung (entsprechendes gilt für die Unfallversicherung) sieht das Abkommen vor, daß künftig jeder Vertragsstaat Renten nur noch für solche Versicherungszeiten leistet, die in seinem Staatsgebiet zurückgelegt worden sind und für die er Beiträge erhalten hat. Renten werden auch dann erbracht, wenn der Berechtigte sich im anderen Vertragsstaat aufhält (Leistungsexportprinzip). Hierdurch wird das Eingliederungsprinzip des geltenden Abkommens der Bundesrepublik Deutschland und des entsprechenden Abkommens der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, nach denen der Staat des Wohnsitzes des Berechtigten Renten auch für im anderen Vertragsstaat zurückgelegte Versicherungszeiten leistet, abgelöst.

Aus Gründen des Vertrauensschutzes enthält das Abkommen umfassende Bestandsschutzregelungen für diejenigen Personen, die bereits aufgrund der bisherigen Rechtslage Ansprüche und Anwartschaften erworben haben bzw. in eng begrenzten Ausnahmefällen noch bis zum 30. 6. 1991 erwerben können.

Im Bereich der Krankenversicherung ist die Ausdehnung des Versicherungsschutzes für entsandte Arbeitnehmer, Grenzgänger und Familienangehörige bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vorgesehen. Sachleistungen werden in diesem Fall gegen volle Kostenerstattung aushilfsweise erbracht. Die Regelung stellt einen Einstieg dar, der durch weitergehende künftige Regelungen ergänzt werden könnte.

Das Abkommen schließt die gleichzeitige Anwendung des Fremdrentenrechts nicht aus; es läßt dessen Rechtsvorschriften unberührt.

### II. Besonderes

Artikel 1 enthält die Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2 legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. Die Bestimmung stellt weiter klar, daß bei Anwendung des Abkommens andere Übereinkünfte oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt aber insoweit nicht, als andere zwischenstaatliche Übereinkünfte oder überstaatliches Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der Vertragsstaaten bei gewöhnlichem Aufenthalt in den Vertragsstaaten. Nach Nummer 1 des Schlußprotokolls gilt die Gleichbehandlung aber nicht für die freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Leistungen auch zu erbringen sind, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Damit ist eine deutsche Rente an einen deutschen und gleichgestellten polnischen Staatsangehörigen auch bei gewöhnlichem Aufenthalt in Polen zu erbringen. Nach Nr. 2 des Schlußprotokolls zu den Artikeln 4 und 5 gelten die Regelungen über die Gleichbehandlung und den Leistungsexport bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften auch für Flüchtlinge und Staatenlose.

Die Artikel 6 bis 10 sowie die Nummer 3 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Artikel 6 bestimmt, daß Sachleistungen der Krankenversicherung entsandte Arbeitnehmer, Grenzgänger sowie Familienangehörige von Arbeitnehmern und Grenzgängern auch dann erhalten, wenn sie sich in dem Vertragsstaat aufhalten bzw. wohnen, in dem die Versicherung nicht besteht.

Nach Artikel 7 werden Sachleistungen bei einem vorübergehenden Aufenthalt im anderen Vertragsstaat jedoch nur insoweit erbracht, als Leistungen sofort benötigt werden. Kein Anspruch besteht, wenn der Versicherungsfall bereits vor der Verlegung des Aufenthalts in den anderen Vertragsstaat eingetreten ist oder bereits vor der Verlegung des Aufenthalts absehbar war, daß Leistungen benötigt werden.

Artikel 8 legt fest, daß die Sachleistungen vom Träger des Aufenthaltsorts grundsätzlich nach dessen Rechtsvorschriften erbracht werden.

Nach Artikel 9 sind die diesem Träger entstehenden Kosten vom Träger, bei dem die Versicherung besteht, zu erstatten.

Artikel 10 bestimmt, daß Krankengeld auch zu zahlen ist, wenn sich der Berechtigte im anderen Vertragsstaat aufhält und Anspruch auf Sachleistungen hat. Nummer 3 des Schlußprotokolls regelt hierzu das Verfahren zum Nachweis der Arbeitsunfähigkeit.

Die Artikel 11 bis 16 und die Nummer 3 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Die Artikel 11 und 12 regeln die Ansprüche auf Rentenleistungen bei Arbeitsunfall und Berufskrankheit. Dabei sieht Artikel 11 Abs. 3 vor, daß das Abkommen die deutschen Rechtsvorschriften über Lei-

stungen aus Arbeitsunfällen, die nicht im Gebiet der Bundesrepublik Deuschland eingetreten sind, sowie für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) unberührt läßt. Diese Bestimmung hat eine zweifache Wirkung. Einerseits wird hierdurch die Anwendung des Fremdrentenrechts neben dem Abkommen ermöglicht. Andererseits werden die Leistungen aus Arbeitsunfällen, die nicht im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle aus der Leistungsexportverpflichtung nach Artikel 5 des Abkommens ausgenommen.

Artikel 13 bestimmt, daß Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats haben, diese auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat erhalten. Die Sachleistungen werden vom Träger des Aufenthaltsorts nach dessen Rechtsvorschriften erbracht. Die Kosten werden von der Versicherung des Staates erstattet, nach dessen Rechtsvorschriften der Anspruch auf Sachleistungen besteht.

Nach Artikel 16 sind die kurzfristigen Geldleistungen der Unfallversicherung (z. B. Verletztengeld) auch zu zahlen, wenn sich der Berechtigte im anderen Vertragsstaat aufhält. Für den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit gelten wie im Bereich der Krankenversicherung die Regelungen in Nummer 3 des Schlußprotokolls.

Die Artikel 17 bis 21 und die Nummer 4 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung, die durch Regelungen in den Übergangs- und Schlußbestimmungen in Artikeln 27 und 28 sowie in den Nummern 4 bis 6 des Schlußprotokolls eine Ergänzung erfahren.

Artikel 17 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und polnischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also z. B. der Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 18 enthält allgemeine Regelungen über die Berechnung der Rentenleistungen. Absatz 1 trifft dabei eine grundsätzliche Aussage darüber, wie die Rentenhöhe festzustellen ist. Die Regelung soll sicherstellen, daß sich die Vertragsstaaten an der Erbringung von Renten entsprechend den bei ihnen zurückgelegten Versicherungszeiten beteiligen, sofern die jeweils innerstaatlich vorgeschriebenen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Für die Feststellung der deutschen Abkommensrente hat die Bestimmung allerdings nur programmatische Bedeutung. Da sich die Höhe der deutschen Rente proportional entsprechend Anzahl und Höhe der zurückgelegten Versicherungszeiten errechnet, kommt ein besonderes zwischenstaatliches Berechnungsverfahren zur Ermittlung der deutschen Rentenhöhe nicht zur Anwendung. Die innerstaatlich berechnete Rente stellt die nach Absatz 1 geforderte zwischenstaatliche Abkommensrente dar. Absatz 2 legt deshalb auch ausdrücklich fest, daß für die Berechnung der deutschen Rente Bemessungsgrundlagen und Entgeltpunkte nur aus deutschen Versicherungszeiten gebildet werden. Anders ist bei der Berechnung der polnischen Rente zu verfahren. Hier sieht Absatz 3 vor, daß eine Berechnung nach dem in zwischenstaatlichen Regelungen üblichen zweistufigen pro-rata-Berechnungsverfahren erfolgt.

Artikel 19 enthält besondere Bestimmungen für die Rentenversicherung nach deutschen Rechtsvorschriften. Dabei sieht Absatz 4 vor, daß das Abkommen nicht die Rechtsvorschriften über Leistungen aus Versicherungszeiten, die außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt wurden, sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht anrechenbare Versicherungszeiten berührt. Dies hat die bereits zu Artikel 11 Abs. 3 für die Unfallversicherung beschriebene Wirkung, daß die Anwendung des Fremdrentenrechts neben dem Abkommen auch im Bereich der Rentenversicherung ermöglicht wird und die Ansprüche auf Leistungen aus Versicherungszeiten außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland und nach dem Fremdrentenrecht nicht der Exportverpflichtung des Abkommens unterliegen.

Artikel 20 enthält besondere Bestimmungen für die Rentenversicherung nach polnischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 21 bis 26 enthalten verschiedene Bestimmungen, die das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen betreffen.

Die Artikel 27 bis 32 enthalten die Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Artikel 27 regelt als zentrale Bestimmung den Anwendungsbereich des Abkommens und schafft die notwendige Abgrenzung zu dem bisherigen Abkommen von 1975. Danach gilt das neue Abkommen im Bereich der Rentenleistungen der Renten- und Unfallversicherung für alle Ansprüche aus Versicherungszeiten und Arbeitsunfällen, die nach dem 31. Dezember 1990 in den Vertragsstaaten zurückgelegt werden oder eintreten. Es gilt weiterhin für die Ansprüche der Personen, die nach dem 31. Dezember 1990 ihren Wohnort in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats verlegen. Bei einem Wohnortwechsel in den anderen Vertragsstaat nach dem 31. Dezember 1990 erlöschen die Ansprüche und Anwartschaften nach dem Abkommen von 1975 gegenüber dem bisherigen Wohnland. Entsprechendes war im Abkommen von 1975 vorgesehen, daß das jeweilige Wohnland verpflichtete, bei einer Rentengewährung auch die im anderen Vertragsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten mitzuentschädigen. Das neue Abkommen sieht in dem eingangs beschriebenen Anwendungsbereich vor, daß jeder Vertragsstaat Leistungen nur noch aus den in seinem Gebiet zurückgelegten Versicherungszeiten bzw. eingetretenen Arbeitsunfällen erbringt. Nach Nummer 5 des Schlußprotokolls sind bis zum Inkrafttreten des neuen Abkommens weiterhin die Bestimmungen des Abkommens von 1975 anzuwenden. Dies bedeutet, daß für Ansprüche, die bereits unter das neue Abkommen fallen (z. B. Übersiedlung in den anderen Vertragsstaat nach dem 31. Dezember 1990), noch die Regelungen des Abkommens von 1975 bis zum Inkrafttreten des neuen Abkommens maßgebend sind. Das Wohnland hat damit gegebenenfalls bis zum Inkrafttreten des neuen Abkommens noch eine sogenannte Integrationsrente zu zahlen, auf die aber ab Inkrafttreten kein Anspruch mehr besteht und an deren Stelle die Leistungsexportrente nach dem neuen Abkommen tritt.

Soweit Personen vor dem 1. Januar 1991 in einem Vertragsstaat aufgrund des Abkommens von 1975 in der Renten- und Unfallversicherung Ansprüche und Anwartschaften nach diesem Abkommen erworben haben, werden diese Ansprüche und Anwartschaften durch das Abkommen nicht berührt, solange die Personen auch nach dem 31. Dezember 1990 ihren Wohnort in diesem Vertragsstaat beibehalten. In begrenztem Umfange erwerben

noch Ansprüche und Anwartschaften nach dem Abkommen von 1975 Personen, die bereits vor dem 1. Januar 1991 in einen Vertragsstaat eingereist sind und sich dort seither ununterbrochen aufhalten, und zwar Personen, die im Zeitpunkt des Versicherungsfalles, spätestens vom 30. Juni 1991 an, in diesem Vertragsstaat wohnen (unbefristet rechtmäßig aufhalten) und weiterhin Personen, die noch vor dem 1. Juli 1991 ihren Wohnort in den anderen Vertragsstaat verlegen, wenn die Verlegung des Wohnorts vor dem 1. Januar 1991 aus Gründen unterblieben ist, die sie nicht zu vertreten haben.

In Artikel 27 Abs. 5 sieht das Abkommen das Erlöschen des Vertrages vom 13. Juli 1957 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik unter Wahrung erworbener Rentenansprüche vor. Das Abkommen stellt damit die Rechtseinheit in den deutsch-polnischen Beziehungen auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit im vereinten Deutschland her.

Nach Artikel 29 Abs. 1 begründet das Abkommen keine Ansprüche auf Rentenleistungen für die Zeit vor dem 1. Januar 1991. Sachleistungen, Geldleistungen der Krankenversicherung und kurzfristige Geldleistungen der Unfallversicherung werden nicht vor Inkrafttreten des Abkommens erbracht.

Artikel 29 Abs. 5 in Verbindung mit Nummer 6 des Schlußprotokolls regelt die Zahlbarmachung der sogenannten ruhenden Renten. Dies sind Renten für Berechtigte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die deshalb nicht zur Zahlung gebracht werden konnten, weil diese Gebiete nicht als Ausland angesehen wurden, die deutschen Auslandszahlvorschriften aber nur eine Zahlung ins Ausland vorsahen. Diese Renten aus der Zeit vor Inkrafttreten des Abkommens von 1975 sollen nunmehr für Zeiträume ab 1. Januar 1991 an gezahlt werden, sofern der Versicherungsfall vor Inkrafttreten des Abkommens von 1975 eingetreten und die damals geltenden rentenrechtlichen Voraussetzungen (z. B. Wartezeit) erfüllt waren. Die Rentenleistungen sind in dem Ausmaß nach Polen zu zahlen, in dem Leistungen der deutschen Rentenversicherung an einen Ausländer ins Ausland erbracht werden. Dies bedeutet eine Rentenleistung in Höhe von 70 % aus den im Bundesgebiet nach dem Stand vom 2. Oktober 1990 zurückgelegten Beitragszeiten. Die Regelung gilt gleichermaßen für deutsche wie auch für polnische Staatsangehörige.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 127125 3. 91
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333